

Österreich

Paul Luif

Die nach den Wahlen vom Oktober 2006 neu gebildete „Große Koalition“ führte die Europa-Politik vorerst weitgehend im Konsens. Doch Mitte 2008 wurde dann die EU ein Stolperstein für die Weiterführung der Koalition.

Streitpunkte Österreichs mit der EU

Der lange Streit zwischen Österreich und der EU-Kommission bezüglich des Zugangs zu bestimmten Studienrichtungen (vor allem zum Medizinstudium) wurde im Oktober 2007 vorerst beendet.¹ Kommissionspräsident José Barroso stellte in einem Brief an Bundeskanzler Alfred Gusenbauer eine Suspendierung des EU-Verfahrens wegen der Uni-Zugangsquote auf fünf Jahre in Aussicht. Laut Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) war dies „das erste Mal, dass der Präsident der EU-Kommission offiziell die österreichische Argumentation zur Kenntnis“ genommen hatte. Barroso betonte in seinem Schreiben, dass Österreich damit mehr Zeit gegeben werden sollte, um zu beweisen, dass sich die Ausbildung überwiegend ausländischer Medizinstudenten nachteilig auf das nationale Gesundheitssystem auswirkt, da viele davon nach Ende ihrer Ausbildung in ihre Heimatländer zurückkehren würden. Für Bundeskanzler Gusenbauer hätte ohne Zugangsquote bereits ab 2015 ein massiver Ärztemangel drohen können.²

Ein anderes permanentes Streitthema zwischen Österreich und einem Teil seiner EU-Partner stand ebenfalls im Oktober 2007 zur Entscheidung an – das Verbot von Import von gentechnisch verändertem Mais. Am 30. Oktober 2007 erreichte Österreich nicht die erforderliche qualifizierte Mehrheit im Umwelt-Ministerrat, um das Verbot aufrechtzuerhalten. 14 Staaten unterstützen Österreich (darunter Deutschland und Frankreich), aber 4 Staaten stimmten gegen die österreichische Position (Großbritannien, Estland, die Niederlande und Schweden), der Rest enthielt sich der Stimme. Damit musste die EU-Kommission die endgültige Entscheidung treffen.

Nach langen internen Diskussionen beschloss die Kommission dann am 7. Mai 2008, dass Österreich die Importverbote für Gen-Mais als Lebensmittel oder Futtermittel aufheben muss. Österreich kann weiterhin den Anbau von Gen-Mais (d.h. den Import von entsprechendem Saatgut) verbieten. Das widerspricht aber noch immer den Forderungen der USA und anderer Staaten im Rahmen der WTO für eine generelle Aufhebung der Importverbote.³

Die Schengen-Erweiterung

Um null Uhr am 21. Dezember 2007 fielen die Schengen-Grenzen zu den vier neuen EU-Nachbarn Österreichs: Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien. Die Reaktionen in

1 Vgl. dazu Paul Luif: Österreich, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration* 2007, Baden-Baden 2008, S. 367–370, hier S. 370.

2 Doris Kraus/Regina Pöll: *Schonzeit für Österreichs Unis*, in: *Die Presse*, 18.10.2007.

3 Informationen vom österreichischen Gesundheitsministerium.

Österreich waren geteilt. In der Bevölkerung waren laut einer Meinungsumfrage 75 Prozent gegen die Öffnung der Grenzen.⁴ Daher entschloss sich die Bundesregierung für Beibehalten des Grenzschutzes durch eine, wenn auch verminderte Fortführung des Assistenzeinsatzes des österreichischen Bundesheeres hinter den Grenzen zu Ungarn und zur Slowakei.⁵ Gleichzeitig wurde angekündigt, während der Fußball-Europameisterschaft im Juni 2008 die Grenzkontrollen wieder einzuführen. Diese Maßnahmen stießen auf Kritik in den Nachbarländern.

Andreas Schieder, außenpolitischer Sprecher und internationale Sekretär der SPÖ, erinnerte in einer Aussendung an die historische Dimension des Ereignisses. Der Delegationsleiter der ÖVP im EU-Parlament, Othmar Karas meinte, man müsse die Schengen-Erweiterung feiern: „It’s a wonderful day“. Peter Pilz, der Sicherheitssprecher der Grünen, fand den Wegfall der Grenzkontrollen „gut für die Menschen, gut für die Wirtschaft und mittelfristig auch gut für die Sicherheit“. Die FPÖ-Sicherheitssprecherin Barbara Rosenkranz sprach sich indessen gegen die Schengen-Erweiterung aus, denn die Sicherheitskomponenten seien nicht vollständig erfüllt und die Erweiterung käme „viel zu früh“. Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider (BZÖ) sah in der Schengen-Erweiterung „überhaupt keinen Grund für Jubel“. Er teilte die Sorge breiter Bevölkerungsteile über einen „massiven Anstieg der Kriminalität“ und eine Zunahme von illegalen Grenzübertritten.⁶

Auch in den Medien zeigte sich die unterschiedliche Einschätzung der Schengen-Öffnung. Nach dem Chefredakteur der Qualitätszeitung „Die Presse“ feierte Österreich nicht nur „eine neue Reisefreiheit“, die das Ende der berüchtigten Grenzwartheiten bedeutete, sondern auch die „Wiedergeburt Mitteleuropas“.⁷ Das Massenblatt „Kronen Zeitung“ brachte hingegen eine ganz andere Schlagzeile: „Schrankenloses Europa macht vielen Angst: Nur Politiker feiern offene Grenzen!“⁸ Entgegen vielen Befürchtungen anlässlich der Erweiterung des Schengen-Raums ist aber die Zahl der Anzeigen in den Monaten Jänner bis Juli 2008 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5,3 Prozent zurückgegangen. „Wir sind auf einem sehr guten Weg“ sagte dazu die seit 1. Juli 2008 amtierende Innenministerin Maria Fekter (ÖVP).⁹

Die Wirtschaft betonte den positiven Aspekt der Verlegung der Schengen-Außengrenze bis an die Ukraine. Trotz dieser unbestritten positiven wirtschaftlichen Bilanz der Ostöffnung zögerte die Große Koalition von SPÖ und ÖVP weiterhin, den Arbeitsmarkt für Bürger der mittelosteuropäischen EU-Staaten vollständig zu öffnen. Dies ist auf den starken Widerstand der Arbeitnehmervertretung zurückzuführen. Wanderungswillige, höher qualifizierte und jüngere Arbeitnehmer aus den Beitrittsstaaten sind daher längst in andere Länder der „alten“ EU-15 gegangen.

Die im Mai 2007 gestartete Anwerbung von bis zu 800 der besonders gesuchten Schweißer, Dreher und Fräser in den Beitrittsländern verlief enttäuschend; nicht einmal die Hälfte des Bedarfs konnte gedeckt werden. 2008 sollen die Zugangsbeschränkungen für 50 (von 540) Berufsgruppen fallen; diese „Mangelberufe“ sind so definiert, dass auf

4 Elitsa Vucheva: EU marks „historical“ enlargement of borderless zone, EU-Observer, 21.12.2007, <http://euobserver.com/9/25375/?rk=1>.

5 Reaktionen: „It’s a wonderful day“, in: Der Standard, 21.12.2007.

6 Ebd.

7 Michael Fleischhacker: Schengen: Mitteleuropa lebt, in: Die Presse, 21.12.2007, S. 1.

8 Kronen Zeitung, 21.12.2007, S. 1.

9 Artikel Nr. 5078 vom Dienstag, 12. August 2008, <http://www.bmi.gv.at/>

1 offene Stelle in der Statistik maximal 1,5 vorgemerkte Arbeitslose kommen. Ab dem Mai 2009 soll die Freizügigkeit für Facharbeiter voll umgesetzt werden; Zugangsbeschränkungen bis 2011 gibt es dann nur noch für ungelernete Kräfte.¹⁰

Ratifizierung des Lissabon-Vertrags und der Schwenk der SPÖ

Am 9. April 2008 genehmigte der Nationalrat den Lissabon-Vertrag mit großer Mehrheit. 151 Abgeordnete (von SPÖ, ÖVP und Grünen) sprachen sich in der namentlichen Abstimmung für die Annahme des Vertrags aus, 27 Parlamentarier – alle aus den Reihen der FPÖ und des BZÖ – stimmten dagegen.¹¹ Für die SPÖ mache der EU-Reformvertrag Österreich und Europa stärker. Bundeskanzler Gusenbauer bezeichnete den Vertrag „eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass das größere, vereinte, neue Europa der 27 auch funktionieren kann“. Außenministerin Ursula Plassnik (ÖVP) erklärte, der Vertrag sei eine notwendige Etappe bei der Weiterentwicklung der Union. Es gebe weder einen Grund, den Vertrag zu bejubeln noch ihn zu dämonsieren. Die Vizeparteichefin der Grünen, Eva Glawischnig sprach von einem „kritischen Ja“. Die Grünen wollten jedenfalls gesichert haben, dass Österreich auch nach dem neuen EU-Vertrag nicht einem militärischen Kerneuropa beitrete. Die FPÖ forderte eine Volksabstimmung über den Vertrag. Durch den Vertrag werde die politische Souveränität Österreichs abgetreten, erklärte Parteiobmann Heinz-Christian Strache. Auch das BZÖ forderte eine Volksabstimmung und Obmann Peter Westenthaler erklärte, der 9. April werde als „Tag des Verrats“ in die Geschichte Österreichs eingehen.¹² Nachdem Bundespräsident Heinz Fischer Gutachten renommierter Universitätsprofessoren eingeholt hatte, in welchen die Notwendigkeit einer Volksabstimmung verneint worden war, unterzeichnete er am 28. April 2008 den Lissabonner Vertrag; damit hat Österreich den Vertrag ratifiziert.¹³

Trotz der großen Mehrheit bei der parlamentarischen Genehmigung des Vertrags von Lissabon kam es Ende Juni 2008 zu einer deutlichen Änderung der SPÖ in der EU-Politik. Dieser Schwenk wurde in einem Brief an die Kronen Zeitung verkündet. Darin forderten Bundeskanzler Gusenbauer und der neue SPÖ-Vorsitzende Werner Faymann, „dass zukünftige Vertragsänderungen, die die österreichischen Interessen berühren, durch eine Volksabstimmung in Österreich entschieden werden sollen“.¹⁴ Der Hintergrund für diesen Vorstoß der SPÖ fand sich einerseits in den schlechten Umfrage-Werten für die SPÖ (die schon zur Ablösung von Gusenbauer als Parteiobmann geführt hatten), andererseits in den negativen Einstellungen vieler Österreicher zur EU.

Der SPÖ-Europaabgeordnete Hannes Swoboda erläuterte, dass bei einem in Kraft treten des Vertrags von Lissabon, trotz des irischen Vetos, die Ratifizierung Österreichs bestehen bliebe. Ein neu formulierter Text müsste aber in Österreich einer Volksabstimmung unterzogen werden. „Das gilt für jede neue Vertragsrevision“, deponierte Swoboda.¹⁵

10 Angaben nach Ängste Österreichs vor der EU-Freizügigkeit. Notenbank sieht kaum Beeinträchtigung für heimische Beschäftigte, in: Neue Zürcher Zeitung, 16.1.2008.

11 Jutta Sommerbauer, EU-Vertrag: Maulkörbe und Zwerge im Nationalrat, in: Die Presse, 10.4.2008. Der Bundesrat stimmte am 24.4.2008 mit ähnlicher Mehrheit dem Lissabon-Vertrag zu.

12 Zusammenstellung nach EU-Vertrag: „Gewinn“ oder „Verrat“? Die Standpunkte der Parteien, in: Die-Presse.com, 9.4.2008.

13 Siehe die Gutachten unter http://www.hofburg.at/show_content2.php?s2id=990.

14 Der Brief wurde abgedruckt als Vorstoß von Gusenbauer und Faymann: Volksabstimmung für neuen EU-Vertrag, in: Kronen Zeitung, 27.6.2008, S. 4. Er wurde mit einer großen Schlagzeile auf S. 1 angekündigt: „Kanzler Gusenbauer und SP-Chef Faymann fordern: Volksabstimmung für neuen EU-Vertrag“.

Kritisiert wurde der Schwenk des Koalitionspartners SPÖ von Außenministerin Plassnik. Die neue SPÖ-Linie tarne Europafeindlichkeit fadenscheinig mit der populären Forderung nach einer Volksabstimmung. Die neue SPÖ-Spitze unter Werner Faymann sei offenbar auf die „Populismus-pur-Linie“ von Strache und Haider eingeschwenkt.¹⁶ Der grüne Europaabgeordnete Johannes Voggenhuber bezeichnete den Schwenk der SPÖ als „unfassbar“. Die neue SPÖ-Forderung sei „der Gipfel des Missbrauches Europas, um aus dem eigenen Versagen herauszukommen“.¹⁷ Die neue EU-Politik der SPÖ war dann einer der Hauptgründe für die Kündigung der Großen Koalition durch die ÖVP anfangs Juli 2008.

Der Schwenk der SPÖ in Sachen EU-Politik und in Richtung Volksabstimmung über künftige EU-Verträge fand in Österreich ein eher positives Echo; in einer Umfrage hielten 61 Prozent diese Kehrtwendung für richtig.¹⁸ In der Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2008 sahen nur noch 28 Prozent der Österreicher die EU positiv – ein Minus von sechs Prozent gegenüber der Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2007. Die Teilnahme an der EU hielten nur noch 36 Prozent für eine gute Sache, 26 Prozent lehnten sie hingegen dezidiert ab (mehr als ein Drittel hatte überhaupt keine Meinung).¹⁹ In anderen Meinungsumfragen sprach sich aber zwischen 1995 und 2007 eine stabile Mehrheit von etwa zwei Drittel der Österreicher für die Beibehaltung der EU-Mitgliedschaft aus.²⁰

Weiterführende Literatur

- Stefan Hammer/Peter Bußjäger (Hrsg.): Außenbeziehungen im Bundesstaat, Braumüller, Wien 2007 (= Institut für Föderalismus – Schriftenreihe, Band 105).
- Paul Luif: Populism in Government: Remarks on the Reactions of the European Union and Its Member States to the Austrian Freedom Party, in: Václav Nekvapil/Maria Staszkievicz (Hrsg.), Populism in Central Europe, Association for International Affairs (AMO), Prague 2007, S. 114-129.
- Paul Luif: Lessons from Former EU Presidencies: the Case of Austria, in: Attila Ágh/Judit Kis-Varga (Hrsg.), The prospect of the EU team presidencies: Integrative balancing in the new member states, „Together for Europe“ Research Centre, Budapest 2008 (= Together for Europe Series), S. 67-98.
- Stephanie Reiter: Europäische Union und österreichisches Strafrecht. Unter besonderer Berücksichtigung der Delikte gegen Menschenhandel und Schlepperei, Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Wien-Graz 2008 (= Neue juristische Monographien, Band 45).
- Alice Wagner/Valentin Wedl (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven zum europäischen Recht. Eine Nachdenkschrift anlässlich 50 Jahre Römische Verträge, Verlag des ÖGB, Wien 2007 (= Arbeit – Recht – Gesellschaft, 18).
- Gregor Woschnagg/Werner Mück/Alfred Payrleitner (Hrsg.): Österreichs EU-Vorsitz und die Zukunft Europas, Styria, Wien – Graz – Klagenfurt 2007.

15 SPÖ-Schwenk: Volksabstimmung für neuen EU-Vertrag, in: DiePresse.com, 26.6.2008.

16 Plassnik verblüfft über „schweren Fehler“ der SPÖ. Außenministerin: Linie des Koalitionspartners „fadenscheinig“, in: derStandard.at, 26.6.2008.

17 Voggenhuber: „Kronen Zeitung ist jetzt Bundeskanzler“, in: derStandard.at, 26.6.2008.

18 Die Umfrage wurde von www.mobile-research.at am 27.6.2008 bei 500 Personen durchgeführt; siehe Doris Kraus/Wolfgang Böhm, Warum die EU in Österreich so schlecht dasteht, in: Die Presse, 28.6.2008.

19 Ebd.

20 Vgl. Die Einstellung der Österreicherinnen und Österreicher zur Mitgliedschaft unseres Landes in der Europäischen Union im Juli 2007, Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, Wien, im August 2007.